

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 42

Kirche und Europa Die deutschen Katholiken und die europäische Einigungspolitik

von Otto B. Roegele

Verlag J. P. Bachem

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Numerierung der Reihe erfolgt fortlaufend.

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Viktoriastraße 76
4050 Mönchengladbach 1

Redaktion:
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Mönchengladbach

Zur Eröffnung des Neubaus für den Europa-Rat am 28. Januar 1977 schickte Papst Paul VI. einen seiner engsten Mitarbeiter, Erzbischof Giovanni Benelli, nach Straßburg und „ließ ihn eine Botschaft an die Regierungen der 19 Mitgliedsstaaten übermitteln. Darin wies der Papst auf die besondere Verantwortung Europas hin, vor der ganzen Welt“ „im Interesse aller Zeugnis abzulegen für die wesentlichen Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Personwürde, Solidarität und Liebe“.1)

Wenige Tage später wurde das Dekret „Europae sacrorum antistites“ der römischen Kongregation für die Bischöfe veröffentlicht, das dem ab 1965 vorbereiteten „Rat der Europäischen Bischofskonferenzen“ („Consilium Conferentiarum Episcopaliū Europae“) die kirchenrechtliche Anerkennung erteilte.2)

Auf ihrer Vollversammlung in Essen-Heidhausen (28. Februar bis 3. März 1977) befaßte sich die Deutsche Bischofskonferenz unter Vorsitz von Kardinal Joseph Höffner eingehend mit dem Thema „Kirche und Europa“.3) Sie verwirklichte damit ein Vorhaben, das Kardinal Julius Döpfner geplant und vorbereitet hatte; schon in seiner Rede vor der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in Bad Godesberg am 21. Mai 1976 hatte der damalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz an die Anwesenden den Appell gerichtet: „Sorgen Sie mit dafür, daß die politische Gestaltung Europas aus christlichem Geist, aus dem christlichen Verständnis vom Menschen erfolgt! Dies kann nur gelingen, wenn es zu einer intensiveren Zusammenarbeit der Kirche in allen Ländern Europas kommt. Die Zeit drängt!“4)

Warum wird das Thema Europa so stark in den Vordergrund der kirchlichen Arbeit gerückt? Was geht die europäische Einigung die Christen an, was haben sie damit zu schaffen? Inwiefern glaubt sich die katholische Kirche befugt, ja verpflichtet, sich um die europäische Einigung zu kümmern?

Auf diese Fragen gibt es mehrere Antworten, jeweils unter einem anderen Aspekt:

1) Die Katholiken, als Mitglieder der pluralen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland und in unserem Lande soziologisch faßbar in der öffentlich-rechtlichen Kirchengemeinschaft, sind wie jede andere Bevölkerungsgruppe zur Mitwirkung an der gemeinsamen Meinungs- und Willensbildung über die anstehenden Fragen aufgerufen. Wo Gewerkschaften Festspiele veranstalten, Arbeitgeberverbände Kulturpreise verleihen, politische Parteien Akademien und wissenschaftliche Institute unterhalten, „freie Träger“ im Bildungswesen tätig sind, wo alle diese Aktivitäten nicht nur rechtmäßig sind, nicht nur nicht verboten, sondern sogar erwünscht, und daher auch staatlich gefördert werden, da kann gewiß niemand den Kirchen verwehren, wenn sie sich zu grundsätzlichen Fragen der Politik zu Wort melden. Unter dem Gesichtspunkt des staatlichen

Rechts und der Meinungs- und Willensbildung der demokratisch verfaßten pluralen Gesellschaft gibt es keinen vernünftigen Einwand dagegen, daß die Kirchen sich auch um Europa kümmern.

2) Unter dem Aspekt unserer eigenen Geschichte erscheint übrigens nichts natürlicher als dies. Man wagt es heute kaum mehr auszusprechen, weil es eine Binsenwahrheit ist, aber am Tatbestand selbst kann wohl nicht gezweifelt werden: Europa, wie es geworden ist und heute vor uns steht, kann ohne die prägende Kraft des christlichen Glaubens und ohne die spezielle Mitwirkung der abendländischen Kirche nicht gedacht werden, auch wenn sich viele Europäer in der Gegenwart vom Christentum abgewandt haben, ihm gleichgültig gegenüberstehen oder es gar aktiv bekämpfen.⁵⁾ Auch der Atheist steht in seiner Argumentation auf den Schultern von Philosophen und Theologen, die eine nur auf diesem Kontinent gewachsene Weise des Denkens entwickelt haben; und selbst der Kirchengegner, der sich gegen manche Ansprüche oder Lehrmeinungen zur Wehr setzt, tut dies unter Berufung auf die Freiheit eines Gewissens dessen Existenz und Beschaffenheit, dessen Unantastbarkeit und Würde in einem jahrhundertelangen Prozeß christlicher Reflexion erkannt und herausgearbeitet wurden.

Das Europa von morgen aufbauen zu wollen ohne die Mitwirkung von Kräften, die für das Christliche einzustehen bereit und auch tatsächlich in der Lage sind, würde einen radikalen Bruch der geschichtlichen Kontinuität bedeuten. Manchen mag dieser Gedanke nicht sonderlich schrecken. Aber erleben wir nicht gerade in unserer Zeit am Beispiel vieler Staaten der Dritten Welt, wie verhängnisvoll es ist, eine Tradition abzubrechen, ohne des neuen Weges schon ganz gewiß zu sein? Sind nicht viele dieser Staaten deshalb so zerrissen, so unfähig zur Begründung einer stabilen Ordnung, weil sie auf dem kürzesten Weg ins zwanzigste Jahrhundert marschieren wollten und dabei die Verbindung mit ihrer eigenen Vergangenheit verloren haben? Die „Suche nach Identität“, die so oft als Erklärung für Aggression, Versagen und Terror herangezogen wird, was ist sie anders als eine Suche nach der eigenen Herkunft, von der man sich entfernt hat, nach den Vätern, auf die man nicht mehr hören wollte, nach den Wurzeln, die man voreilig ausgerissen hat?

3) Der dritte Aspekt, unter dem die Frage nach der Berechtigung eines kirchlichen Interesses an der europäischen Einigung beantwortet werden muß, ergibt sich aus der Art und Weise, wie katholische Christen sich selbst, ihre Kirche und deren Aufgaben in der Welt verstehen; sehr klar hat das II. Vatikan-Konzil dieses Verständnis formuliert: „Die Kirche, die in keiner Weise hinsichtlich ihrer Aufgabe und Zuständigkeit mit der politischen Gemeinschaft verwechselt werden darf, noch auch an irgendein politisches System gebunden ist, ist zugleich Zeichen und Schutz der Transzendenz der menschlichen Person.“⁶⁾ Im gleichen Konzilsdokument, der Konstitution „Gaudium et spes“, wird dem Thema „Aufbau der internationalen Gemeinschaft“ ein eigenes Kapitel gewidmet. Danach gilt für den die nationalstaatliche Ordnung übersteigenden Bereich, was bereits für die

nationale Ordnung gilt: Die Autorität der Kirche kann für kein politisches Modell in Anspruch genommen werden. Überall will die Kirche erreichen, daß bestimmte geistige Werte geachtet werden, daß es den Christen in der Welt nicht schwer oder gar unmöglich gemacht wird, nach den Regeln ihres Glaubens zu leben, und daß sie selbst die für ihr Wirken unerläßliche Freiheit genießt. Die Kirche kann daher nicht tatenlos zusehen, wenn eine neue, die nationalen Einrichtungen übersteigende Struktur aufgebaut wird, sie **muß** sich daran beteiligen, sie **muß** ihren Beitrag dazu leisten, auch wenn nicht alle Bauleute ihn willkommen heißen mögen.

Faßt man die Antworten zusammen, die hier in aller Kürze und ganz unvollständig unter den Gesichtspunkten des Rechts, der Geschichte und des kirchlichen Selbstverständnisses gegeben wurden, so kann man wohl sagen: Es hat nichts mit Nostalgie, mit Romantik oder mit Abendland-Schwärmerei zu tun, wenn eine spezifische Verantwortung der Christen für die europäischen Fragen behauptet wird; es geht dabei um sehr zeitgemäße und konkrete Probleme, an deren bestmöglicher Lösung eigentlich **alle** interessiert sein müßten. Es geht dabei nicht so sehr um Rechtsansprüche oder Machtstreben der Christen, es geht in erster Linie um die Achtung vor einigen grundlegenden Werten und Erfahrungen, ohne die ein menschenwürdiges Leben auf die Dauer nicht möglich ist.

Wie in der Politik der Einzelstaaten, so ist die Kirche auch in der Politik, die eine Einigung Europas anstrebt, und erst recht in einer gemeinsamen europäischen Politik berufen und verpflichtet, als Hüterin des Gemeinwohls und der Grundwerte zu wirken.

Falls nicht neue und überraschende Hindernisse auftreten, werden die Bewohner von neun europäischen Ländern (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Irland und Dänemark) im Jahre 1978 ihre Abgeordneten zum Europäischen Parlament in geheimer und direkter Wahl bestimmen. Die weltanschaulichen und politischen Kräfte, die in einem künftigen europäischen Parlament eine Rolle spielen wollen, haben mit dem Aufmarsch zum Wahlkampf längst begonnen. Wenn dies bisher noch mehr in der Stille geschehen ist, dann wohl deshalb, weil nicht alle Zweifel an dem von den Regierungen beschlossenen Wahltermin ausgeräumt sind. Das entscheidende Aufgebot an Energie und Geld wird erst dann in öffentliche Campagnen gesteckt werden, wenn der Wahltag am Horizont erscheint. Um so mehr ist jedoch schon unternommen worden, um die Weichen zu stellen.

Die Parteien formieren sich immer deutlicher in internationalen Zusammenschlüssen, überprüfen ihre hergebrachten Beziehungen, knüpfen neue an, geben alte auf. Die Aktivität der sozialistischen Internationale ist in Portugal und Spanien bereits massiv und erfolgreich in Erscheinung getreten. Ein Zusammenschluß der Christlichen Demokraten zur „Europäischen Volkspartei“ (unter dem Vorsitz des belgischen Politikers Leo Tin-

demans) ist erfolgt; Spannungen bezüglich der Zuordnung der britischen Konservativen und bestimmter spanischer Gruppierungen müssen noch ausgetragen werden. Auch die Liberalen haben eine gemeinsame Organisation gegründet. Die kommunistischen Parteien in Europa waren schon immer „internationalistisch“, bis vor kurzem eindeutig unter Moskaus Führung, seit einiger Zeit als lockere Interessengruppe der verschiedenen Euro-Kommunisten in einem zumindest äußeren Gegensatz zu Moskau. Einzelheiten des Wahlrechts werden die Kirche in diesem Zusammenhang wohl ebenso wenig beschäftigen wie die administrative Technik der Durchführung. Auch der Wahlkampf dürfte in der Hauptsache eine Angelegenheit der Parteien sein, deren Kandidaten um die Stimmen der Europäer werben. Soweit es sich dabei um Parteien und Kandidaten handelt, die sich auf ihre Bindung an christliche Prinzipien berufen und damit christliche Wähler ansprechen wollen, hat die Kirche das Recht, nach der Tragfähigkeit dieser Inanspruchnahme zu fragen, eigene Postulate zu formulieren und die Wähler, die ihr angehören, über etwa festgestellte Diskrepanzen zwischen behaupteter und tatsächlicher „Christlichkeit“ aufmerksam zu machen.

Das aus allgemeinen, direkten und geheimen Wahlen hervorgehende „Parlament der Neun“ wird sicherlich nicht sogleich an die Ausarbeitung einer Verfassung herangehen. Dazu hat es vorerst keine Befugnisse, dafür scheint die Situation auch noch nicht reif zu sein. Aber es wird sich über kurz oder lang mit einem Katalog der Grundrechte befassen müssen, die für alle Bewohner der Gemeinschaft gelten, damit nicht ein gefährliches und ungerechtes Gefälle entsteht, das zu Diskriminierung und Auflehnung führen müßte. Es wird dabei nicht ausreichen, eine Bestandsaufnahme des bisherigen Rechts anzufertigen und einfach zu kodifizieren, was als kleinstes gemeinsames Vielfaches in allen Staaten bereits jetzt Gültigkeit hat. Man wird sich überhaupt nicht auf ein Minimum einlassen dürfen, weil dies für alle eine Verkürzung fundamentaler Menschenrechte mit sich brächte. Man wird sich schon anstrengen müssen, um das gesamteuropäische Erbe der geistigen und politischen Bemühungen um die Personhaftigkeit des Menschen, um die richtige Balance zwischen Freiheit und Bindung, Individualität und Sozialität, Einzelrecht und Gemeinschaftspflicht herzustellen, um aus den verschiedenen nationalen Ausprägungen dieses europäischen Erbes das Gemeinsame herauszuarbeiten und für die Europäer verbindlich festzuschreiben, was übrigens in dieser oder jener Form inzwischen auch Bedeutung für die gesamte Menschheit erlangt hat.

Hier liegt eine der großen europäischen Aufgaben der Kirche. An einer solchen Debatte über Grundrechte und Grundwerte wird sie sich mit aller ihr zu Gebote stehenden Kraft engagieren müssen, wenn sie ihrem Auftrag gerecht werden will. Die in der Bundesrepublik zur Zeit geführte Diskussion über Grundwerte und ihre Bedeutung für das staatliche Leben gewinnt im Blick auf die europäischen Fragen der Zukunft eine zusätzliche Dimension, die schon jetzt mitberücksichtigt werden sollte.

Verantwortung unter dem Anspruch der Solidarität

Ein zweites Beispiel, an dem sich ein von Christen mit besonderem Nachdruck zu unternehmender Vorstoß skizzieren läßt, betrifft die ausländischen Arbeiter. Der Kirche müssen alle ihre Söhne und Töchter gleich nahe, gleich lieb und gleich verpflichtet sein: die Bewohner der hochindustrialisierten Gebiete, die so vielen Menschen aus ländlichen Gebieten des Südens Arbeit und Brot geben, und die Gast- oder Fremdarbeiter, die das Fortbestehen der wirtschaftlichen Erfolge in den Industrieländern erst ermöglichen. Sie kann nicht stumm bleiben, wenn die Not der einen ausgenutzt wird, um andere reicher zu machen. Sie kann aber auch nicht schweigen, wenn ungerechte Zustände zu Agitation und Zerstörung mißbraucht werden. Der nationale und der soziale Egoismus treibt auf diesem Gebiet die seltsamsten Blüten. Die ohnehin schon schwierigen Fragen von Eingliederung oder Rückkehr, von Kindererziehung und Familienzusammenführung, von Arbeitskraftimport oder Kapitalausfuhr werden durch Sprachschwierigkeiten und Phantasielosigkeit noch verschlimmert. Es ist oft gar nicht der Mangel an gutem Willen, sondern die Unfähigkeit, sich etwas anderes, Besseres als das Bestehende vorzustellen, wenn es bei unzumutbaren Zuständen bleibt, obschon man sie als solche erkannt hat. Die nationalen Bürokratien haben sich bisher nicht besonders eifrig gezeigt, um Abhilfe zu schaffen. Viele Politiker scheinen noch immer zu glauben, es handle sich um vorübergehende Mißhelligkeiten, denen man nicht aktiv zu begegnen brauche, weil sie sich eines Tages von selbst in Wohlgefallen auflösen würden. Die Kirche, die mit ihrer Seelsorge, ihren sozialen Diensten und ihren Verbänden täglich auf die menschlichen Auswirkungen solcher Zustände stößt, deren Mitarbeiter eine lebendige Anschauung des Elends besitzen, ist verpflichtet, durchgreifende Maßnahmen auf europäischer Ebene zu fordern, sobald dazu eine Möglichkeit besteht. Hier geht es um einen wirklich dringenden Anwendungsfall von „Humanisierung der Arbeitswelt“. Hier gilt auch der Satz: Wenn der barmherzige Samariter auf dem Wege nach Jericho täglich einem Verwundeten begegnet, genügt es nicht, wenn er ihm hilft, dann muß er dafür sorgen, daß der Straßenräuber gefaßt und unschädlich gemacht wird.

Weitere Beispiele, die sich aus der internationalen Präsenz der Kirche, aus ihrer Äquidistanz zu den beteiligten Nationen und verantwortlichen Politikern ergeben, ließen sich auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes anführen. Daß ein Mensch nicht gezwungen werden darf, seine Muttersprache zu verleugnen; daß er nicht benachteiligt werden darf, indem er vor Gericht, bei Behörden, in der Schule, beim Militär eine fremde Sprache gebrauchen muß; daß seiner Muttersprache die gehörige staatliche Pflege zuteil werden muß – das alles mag selbstverständlich klingen, ist aber in den vergangenen Jahrhunderten um einer falsch verstandenen nationalen Einheit willen vielerorts sträflich mißachtet worden und wird noch heute in einigen europäischen Staaten nicht wirklich anerkannt.

Die Kirche muß hier mutiger werden, als sie in der Vergangenheit war, so-

wohl gegenüber den nationalstaatlichen Autoritäten wie auch gegenüber eingewurzelten Haltungen und Vorurteilen bei vielen ihrer eigenen Mitglieder. Sie ist das zumal jenen ihrer Kinder schuldig, die nur im stillen Kämmerlein zu Gott in der Muttersprache sprechen dürfen. Religionsunterricht, Katechese, Gottesdienst müssen gerade heute, nachdem die nationalen Sprachen in der Liturgie die beherrschende Rolle übernommen haben, allen in ihrer Muttersprache dargeboten werden.

Die Beispiele haben gezeigt, daß es sich bei den Interessen, die von den Christen in die Bemühungen um den Aufbau Europas einzubringen sind, nicht in erster Linie um solche handelt, von denen die Kirchen allein oder hauptsächlich profitieren könnten.

Der Dienst der Christen zielt auf das Wohl aller Bewohner dieses künftigen Europa ab. Aus diesem Grunde dürfen die Christen auch hoffen, in ihrem Bemühen nicht allein zu bleiben.

Das ist schon deshalb entscheidend wichtig, weil die Christen nur dann Aussicht haben, mit ihren Vorschlägen durchzudringen, wenn sie Bundesgenossen gewinnen. In manchen Fällen wird man dabei Barrieren zu überwinden haben, die aus historischen Belastungen, aus Mißtrauen und Sprachschwierigkeiten aufgerichtet wurden. Die katholische Kirche hat in der Vergangenheit nicht immer nur Beispiele der Selbstlosigkeit geliefert. So wird auch die Werbung um Vertrauen am Anfang stehen müssen. Wichtig ist vor allem, daß mit den künftigen Bundesgenossen in einer Sprache gesprochen wird, die sie verstehen.

Nun könnte man fragen: Gibt es nicht den Papst, der für **alle** zuständig ist, die Kurie, die vatikanische Diplomatie, deren Vertreter in **allen** europäischen Staaten tätig sind? Reicht dieser Apparat nicht aus, um die internationalen Belange der Kirche gehörig zur Geltung zu bringen? Darauf muß erwidert werden: Es ist gewiß wichtig, daß Rom, wie auch schon in der Vergangenheit, immer wieder auf die Notwendigkeit der europäischen Einigung hinweist; aber je mehr Elemente der Demokratie in die Einigungspolitik eingebaut werden können, je mehr die Sache Europas aufhört, nur eine Sache der Regierungen, der Ministerräte und der Kommissionen zu bleiben, um so mehr fällt sie in den Verantwortungsbereich aller Staatsbürger, und damit nicht zuletzt derer, die Christen sind. Je konkreter die Gegenstände dieser Politik werden, um so stärker müssen die Laien, denen der „Weltdienst“ in besonderer Weise zugesprochen ist, an ihrer Behandlung beteiligt werden. Nichts anderes hat auch das Konzil gefordert, wenn es das tatkräftige Wirken auf dem Felde der internationalen Zusammenarbeit und Hilfe zur „Sache des ganzen Volkes Gottes“ erklärt.⁷⁾

Wenn es so ist, was können dann, ganz schlicht gefragt, die deutschen Katholiken in der nächsten Zeit für Europa tun?

Die Antwort muß mehrere Tätigkeitsfelder berühren, zunächst die Aufgaben im eigenen Hause:

Das Kirchenvolk hat durch seine Aufgeschlossenheit für die von der „Amtskirche“ inaugurierten Hilfswerke, so für Misereor, Adveniat und Missio, aber auch für private Unternehmungen wie die „Ostpriesterhilfe“ des Prämonstratenserpaters Werenfried van Straaten („Speckpater“), das Hilfswerk „pro fratribus“ für Katholiken in der Tschechoslowakei, und viele andere, oft und oft bewiesen, daß es für Probleme jenseits der nationalen Grenzen großes Verständnis hat, ja Opfer bringt.

Wer sich des Hungers indischer Kinder anzunehmen bereit ist, wird sich auch der Not sizilianischer Arbeitsloser nicht verschließen, zumal dann nicht, wenn er einsieht, wie sehr sein eigenes Geschick und das seiner Kinder davon abhängen wird, daß solche Probleme in absehbarer Zeit befriedigend gelöst werden. Wer sich durch die Grausamkeiten des Krieges in Vietnam zu öffentlichem Protest gegen den wichtigsten Verbündeten herausgefordert fühlte, kann sich nicht gut verweigern, wenn auch sein Opfer für die Herstellung des Friedens in Nordirland verlangt werden sollte.

Denn es wäre Selbstbetrug, wollten wir uns vormachen, daß eine Verminderung des Gefälles zwischen Wohlstand und Armut, zwischen sozialem Frieden und Klassenkampf innerhalb der neun Länder der europäischen Gemeinschaft ohne Opfer zu bewerkstelligen wäre. Für eine geistige Vorbereitung auf solche Notwendigkeiten ist es nicht zu früh. Auch nicht für ein Umdenken in der Einstellung zur Entwicklungshilfe. Die Finanzierung großindustrieller Prestige-Projekte in Asien und Afrika aus deutschen Steuermitteln war schon immer ein Fehler, heute ist sie unverzeihlich; selbst sinnvollere Projekte in der Dritten Welt sollten überprüft werden im Blick auf Vorhaben, die dringend nötig sind, um in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Zonen Europas Arbeitsplätze zu schaffen und erträgliche Lebensbedingungen herzustellen. Die Prioritäten unserer staatlichen wie kirchlichen Auslandshilfe müssen gründlich überdacht und neu bestimmt werden. Das gilt nicht allein für die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch für die anderen Industrieländer, zumal für die europäischen Partnerstaaten. Anfänge einer gemeinsamen Entwicklungspolitik sind längst unternommen worden; die Assoziation afrikanischer Staaten mit dem „Gemeinsamen Markt“ war eines der ersten und ist noch heute eines der wichtigsten Modelle für eine Zusammenarbeit, die den Interessen aller beteiligten Länder gerecht zu werden sucht. Auf diesem Weg müssen Fortschritte gemacht werden, möglichst bald und in größtmöglicher Einigkeit.

In dem Maß, in dem der wirtschaftliche, soziale, administrative und politische Zusammenschluß voranschreitet, muß auch die Kirche der neuen Realität Rechnung tragen, indem sie sich selbst europäische Strukturen schafft.

Ein Aneinanderrücken der europäischen „nationalen“ Kirchen ergibt sich nicht nur als Konsequenz aus Vorgängen auf wirtschaftlichem und politi-

schem Gebiet. Die innerkirchliche Entwicklung selbst weist in diese Richtung. Seit dem Ende des Zweiten Vatikan-Konzils besteht die Institution der Bischofs-Synoden, die in dreijährigem Abstand in Rom tagen. Weit deutlicher als auf dem Konzil ist dort sichtbar geworden, daß die Kirchen der beiden Amerika, Afrikas und Asiens sich von der europäischen Vorherrschaft befreien und ihre eigenen Wege gehen wollen. Auf dem Konzil waren es nur einzelne Persönlichkeiten aus anderen Erdteilen, die besonders hervortraten. Jetzt, nachdem die Ablösung der Missionsbischofe durch einheimische Nachfolger weiter vorangeschritten ist, zeichnet sich immer deutlicher die Bildung kontinentaler Blöcke ab. Diese Konstellation hat die europäischen Bischöfe mehr oder weniger unfreiwillig dahingebbracht, daß sie auch über ihren eigenen „Block“ nachdenken.

Ein erstes Ergebnis war die 1971 erfolgte Gründung des „Rates der europäischen Bischofskonferenzen“, von dessen kirchenrechtlicher Anerkennung eingangs die Rede war. Diesem Rat gehören heute 19 Delegierte nationaler Bischofskonferenzen und vier Vertreter von Ländern ohne Bischofskonferenz (Luxemburg, Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien) an. Präsident ist der Erzbischof von Marseille, Roger Etchegaray, als Vizepräsidenten amtieren der Bischof von Stettin und ein Weihbischof von Namur, als Sekretär des Rates Msgr. Alois Sustar, bis Januar 1977 Bischofsvikar in Chur, jetzt Domherr in Laibach (Slowenien). Schon dreimal hat dieses Gremium Tagungen über wichtige Themen der Seelsorge abgehalten (in Nordwijkerhout, in Chur und in Rom); ein viertes Symposium über „Jugend und Glauben“ ist für den Herbst 1978 vorgesehen.⁸⁾

Die Zukunft wird zeigen, ob dieser weitgespannte, den „Eisernen Vorhang“ übergreifende und demgemäß nur begrenzt handlungsfähige Zusammenschluß ausreicht, um die Aufgaben zu bewältigen, die sich aus der Entwicklung zwischen den neun Staaten der Europäischen Gemeinschaft ergeben. Zweifel sind jedenfalls begründet. So wichtig der gesamt-europäische Kontakt ist, sowenig er aufgegeben oder auch nur in seinem Ausbau gehemmt werden darf, so deutlich muß auch gesehen werden, daß ein Gremium, das gemeinsame Probleme, Projekte und Postulate der Katholiken in den neun Gemeinschaftsländern erörtern und darüber Beschluß fassen soll, kaum identisch sein kann mit dem jetzt bestehenden „Rat der europäischen Bischofskonferenzen“, schon wegen der Schwierigkeiten, die sich für Bischöfe in den kommunistisch beherrschten Ländern aus der Teilnahme an Beratungen über solche Themen ergeben könnten.⁹⁾

Unüberhörbar ist jedenfalls der – fast ungeduldige – Ruf der im politischen und kulturellen Leben stehenden Katholiken und ihrer Verbände nach stärkerer Aktivität der Bischöfe im Blick auf das werdende Europa. Sowohl die „Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände“ wie das „Zentralkomitee der deutschen Katholiken“ haben sich in diesem Sinne ausgesprochen. Von Dr. Bernhard Vogel, dem früheren Präsidenten des Zentralkomitees und jetzigen Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, erging eine deutliche Aufforderung an die Bischöfe, mit ihren Mitbrüdern aus den

Nachbarländern nicht nur gelegentliche Zusammenkünfte abzuhalten, sondern neue, stabile und effiziente Institutionen zu schaffen, mit denen der Versuch unternommen werden kann, so weit wie möglich europäisch-gemeinsam zu operieren.¹⁰⁾

Es fehlt auch nicht an Verständnis und an Aufnahmebereitschaft für diesen Appell. So benutzt Erzbischof Dr. Hermann Schäufele von Freiburg, durch die Lage seines Bistums im Dreiländereck des Südwestens mit internationalen Fragen ständig konfrontiert, seit langem jede sich bietende Gelegenheit, um auf die Verantwortung der Kirche, zumal der Bischöfe, für die Einigung Europas besonders hinzuweisen. Er hat für die pastoralen Motive des speziellen Interesses der Kirche an diesem Einigungsprozeß eine sehr einprägsame Formulierung gefunden: „Wir sind nicht nur einfach verantwortlich für das ewige Heil. Wir sind es auch für die ‚irdische Stadt‘, denn durch die ‚irdische Stadt‘ erbaut sich die ewige Berufung. Eine ‚irdische Stadt‘ und eine irdische Kultur, welche ganz und gar für die christlichen Werte undurchlässig wäre, würde den Kindern von morgen nicht mehr ermöglichen, ihr ewiges Heil zu wirken. Denn wenn die menschlichen Werte vom Glauben abhängen, so hängt auch das Glaubekönnen von den menschlichen Werten ab.“¹¹⁾

Das Zusammenwachsen Europas stellt allen katholischen Aktivitäten geistige und organisatorische Aufgaben.

Aber nicht nur auf die Bischöfe, auch auf die katholischen Verbände, auf Akademien und kirchliche Bildungswerke kommen damit wichtige Aufgaben zu. Viele von ihnen arbeiten schon seit Jahrzehnten auf internationalem Gebiet. Sie machen sich daher wohl auch keine Illusionen über die Schwierigkeiten, denen dort zu begegnen oder auszuweichen ist. Die deutsche Kirche gilt im Ausland als reich und mächtig, man bewundert ihre kulturellen und sozialen Leistungen, aber man fürchtet sich auch vor ihr. Man ist nicht besonders geneigt, ihr als Lehrmeisterin zuzuhören oder gar zu folgen. Hilfeleistungen und Hilfsangebote bringen ja auch unter Weltleuten nicht immer Zuneigung hervor, sondern zuweilen widerwillige Dankbarkeit, ja sogar Neid. Mit solchen Belastungen hat man zu rechnen, wenn man daran geht, Verbindungen zu den Kirchen in den Nachbarländern herzustellen, mit dem Ziel eines gemeinsamen und koordinierten Vorgehens in europäischen Fragen. Hier wird vieles nur in der Stille unternommen werden können, weil mancher Versuch schon scheitert, sobald er an der großen Glocke hängt. Unglücklicherweise sind wir nicht mit allzuviel Fingerspitzengefühl begabt, was die Empfindlichkeiten anderer Völker und anderer Kirchen betrifft. Hier wird es manche Enttäuschung, manchen Rückschlag und manche Versuchung zur Resignation geben. Vieles wird zu lernen und einzuüben sein, wenn mehr erreicht werden soll als das, was es im grenzüberschreitenden Bemühen der katholischen Verbände

bereits gibt, mehr als Besuche und Begegnungen, mehr als ein Gedankenaustausch, der letztlich ohne fortwirkende Folgen bleibt.¹²⁾

Wer weiß, wie ungenügend die Verbindungen sind, die zwischen vergleichbaren Gruppen in verschiedenen Ländern bestehen, wer ferner weiß, nach welchen unterschiedlichen Prinzipien die katholischen Organisationen in den einzelnen Ländern aufgebaut sind, wird da auf kurze Sicht keine allzu großen Erwartungen hegen. Um ein bezeichnendes Beispiel anzuführen: der erste italienische Katholikentag, der 1976 in Rom stattfand, hat an den Deutschen Katholikentag keine Einladung geschickt – nicht in irgendeiner (unfreundlichen) Absicht, sondern einfach deshalb, weil niemand daran dachte.

Man sieht: hier ist noch sehr viel zu tun, schon im Vorfeld der technischen Kontakte, ohne die eine Zusammenarbeit in Sachfragen gar nicht möglich ist. Bei solchen Verbänden, die auf Grund der Berufstätigkeit ihrer Mitglieder eher international ausgerichtet sind, so etwa bei katholischen Unternehmern, Publizisten, Wissenschaftlern, steht es zwar besser mit Einsicht in die Wichtigkeit internationaler Arbeit. Aber weithin wirkt doch die alte Gewohnheit nach, daß man die übernationalen Angelegenheiten dem Papst überläßt, sich zwar in der Weltkirche zu Hause und geborgen fühlt, sich aber um das Funktionieren dieser Weltkirche nicht mutwillig den Kopf zerbricht. Hier ist, wie Dr. Bernhard Vogel feststellt, noch „ein hohes Maß an europäischer Bewußtseinsbildung notwendig. Sie muß sich an der Geschichte, an den geistigen Kräften und an den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Realitäten in Europa orientieren. Wer Europa gestalten will, muß viel mehr über dieses Europa wissen. Parallel dazu müssen die Kontakte zu den Strukturen der katholischen Laienarbeit in den anderen Ländern Europas verstärkt und institutionell gesichert werden. Dabei sollte immer deutlicher das Ziel anvisiert werden, die Kräfte der katholischen Laienarbeit zu bündeln und für die Gewinnung der europäischen Einheit einzusetzen.“¹³⁾

Wenn das europäische Engagement der Kirche eine solche Fülle neuer Aufgaben mit sich bringt, wenn damit eine keineswegs leichte Erziehungsarbeit verknüpft ist, wenn zahlreiche Probleme überhaupt erst in den Blick gerückt und analysiert werden müssen, wird der deutsche Katholizismus mit alledem nicht einfach überfordert?

Gewiß, es wäre verhängnisvoll, die Augen davor zu verschließen, daß die Kirche eine ernste Krise durchmacht. Die Austrittsbewegung hat sich zwar verlangsamt, auch die Zahl der Gottesdienstbesucher nimmt nicht mehr so rasch ab wie in den letzten Jahren; aber der Priestermangel wird in der nächsten Zeit noch schlimmer werden. Ein Ende der Verunsicherung im Kirchenvolk ist nicht abzusehen. Das Durcheinander in der liturgischen Praxis wird nur sehr allmählich abgebaut; die Folgen der Hinterfragungstheologie der Universitäten haben nun den Alltag von Predigt, Katechese

und Religionsunterricht erreicht. Zwar gibt es an vielen Orten Ansätze einer neuen Spiritualität, auch melden sich verstärkt religiöse Bedürfnisse und Fragestellungen, auf die das Angebot der Kirche antworten kann – aber von einem „neuen Frühling“ ist noch nichts zu spüren. Wo soll die Kirche unter solchen Umständen die Kraft und den Mut hernehmen, sich zusätzliche Lasten aufzuladen?

Eine solche Betrachtungsweise geht von einem fundamentalen Fehler aus. Man muß in der entgegengesetzten Richtung denken: Wenn es gelänge, den deutschen Katholizismus zu bewegen, daß er das europäische Engagement als seine große Aufgabe im kommenden Jahrzehnt begreift und ergreift, wenn es gelänge, seine Neigung zur ausschließlichen Beschäftigung mit sich selbst zu verringern, die innerkirchlichen Kontroversen wegzuziehen vom Streit über liturgische Einzelfragen und über diese oder jene Textvariante im Gesangbuch, auch von den Verwicklungen des Falles Lefebvre und all den Fehlern, die auf beiden Seiten gemacht wurden, als gäbe es kein Lehrbuch der Kirchengeschichte, das über Ursachen und Entstehung von Schismen Auskunft erteilen könnte – wenn das gelänge, würde die innerkirchliche Krise einiges von ihren Schärfen und ihren seit Jahren dahinschmorenden Schwelstoffen verlieren.

Wo die Mehrheit ein Ziel sieht, auf das zuzugehen sich lohnt, das erreichbar erscheint, das nicht in nebelhafter Ferne schwimmt, das auch jungen Menschen einleuchtet, weil es dem großen, so oft gebrauchten Wort Solidarität einen praktischen Inhalt zu geben vermag, da treten mancherlei Beschwerden, die früher das Feld beherrschten, zurück und geben den Blick auf die richtigen Größenverhältnisse frei – wenn das gelänge, könnten wir mit einiger Zuversicht die Krise sich selbst überlassen; sie würde durch neue Fragestellungen, durch neue Initiativen und vielleicht auch durch manches Erfolgserlebnis überholt und allmählich vergessen werden.

Vielleicht findet es nicht jedermann passend, wenn in diesem Zusammenhang ein Ausspruch des Marschalls Foch zitiert wird; es geschieht deshalb, weil er genau das ausdrückt, um was es bei dieser Überlegung geht: „Meine Mitte wankt, der rechte Flügel weicht zurück, der linke ist abgeschnitten; es bleibt mit nichts anderes übrig, als anzugreifen.“ Um einen friedlichen Angriff soll es sich diesmal handeln; sein Ziel soll sein, die geistigen Werte, die das alte Europa groß gemacht haben, nicht nur irgendwohin zu retten, sie als Literatur in Bibliotheken, als Kunstwerke in Museen aufzubewahren, sondern sie in die Fundamente des neuen Baues einzubringen, ja dessen Grundriß nach ihnen auszurichten.

Noch immer gilt das Wort Pius' XII., der die Politik der Einigung Europas ein „vernünftiges Wagnis“ genannt hat, ja es gilt heute in noch höherem Maße als zu der Zeit, da es gesprochen wurde. Dieser Papst, der ein leidenschaftlicher Anwalt eines Zusammenschlusses der europäischen Nationen war, sagte in seiner Weihnachtsbotschaft 1953: „Warum noch zaudern? Das Ziel ist klar, die Bedürfnisse der Völker liegen offen vor aller Augen. Dem, der im voraus eine absolute Garantie für den glücklichen Aus-

gang haben möchte, müßte man antworten, daß es sich wohl um ein Wagnis handle, um ein Wagnis jedoch, das den gegenwärtigen Möglichkeiten entspreche, um ein vernünftiges Wagnis... Zum Handeln drängt vor allem die ernste Lage, in der Europa sich befindet: Es gibt für es keine Sicherheit ohne Wagnis. Wer absolute Gewißheit verlangt, beweist keinen guten Willen gegenüber Europa.“¹⁴⁾

Anmerkungen

- ¹⁾ KNA, Aktueller Dienst Vatikan vom 29. Januar 1977; „Le Nouvel Alsacien – Der Elsässer“ (Straßburg) vom 28. und vom 29. Januar 1977.
- ²⁾ KNA, Aktueller Dienst Ausland vom 1. Februar 1977; „L'Osservatore Romano“ (deutsche Ausgabe) vom 11. Februar 1977. Das Dekret trägt das Datum vom 10. Januar 1977, an dem es von Papst Paul VI. bestätigt wurde.
- ³⁾ „Bericht des Vorsitzenden vor der Presse am 3. März 1977 in Essen“ im „Pressedienst des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz“, S. 5–9.
- ⁴⁾ „Aufgaben der Kirche in Deutschland“, im „Pressedienst des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz“ 16/76 vom 21. Mai 1976, S. 11.
- ⁵⁾ Aus der umfangreichen Literatur zu diesem Thema seien erwähnt: Christopher Dawson „Die Gestaltung des Abendlandes“ Köln ²1950; „Europa – Idee und Wirklichkeit“, München 1953; „Die Religion im Aufbau der abendländischen Kultur“, Düsseldorf 1953; Reinhold Schneider „Europa als Lebensform“ Köln 1957; Paul Schütz „Europa – eine Frage an die Theologie“, Kassel 1947; Otto B. Roegele „Was geht uns Christen Europa an?“, Osnabrück 1964.
- ⁶⁾ Pastoralkonstitution „Über die Kirche in der Welt von heute“ („Gaudium et spes“) vom 7. 12. 1965, Nr. 76.
- ⁷⁾ Ebda., Nr. 88.
- ⁸⁾ Nicht nur die Bischofskonferenzen, auch Vertreter des „niedereren“ Klerus haben sich auf europäischer Ebene zusammengeschlossen. Im April 1976 fand das „Zweite Europatreffen der Delegierten der Priesterräte“ in Wien statt (KNA, Aktueller Dienst Ausland, 29. 4. 1976).
- ⁹⁾ Am Sitze des Europa-Rates in Straßburg wurde 1956 ein „Katholisches Sekretariat für europäische Fragen“ eingerichtet, 1963 ein Büro in Brüssel, das von neun nationalen Bischofskonferenzen unterstützt wird und einen Informationsdienst, hauptsächlich für katholische Organisationen, in zwei Sprachen (deutsch und französisch) herausgibt sowie Tagungen veranstaltet.
- ¹⁰⁾ In seinem „Bericht zur Lage“ bei der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in Bad Godesberg am 21. Mai 1976 führte Dr. B. Vogel u. a. aus: „Es ist schon etwas, wenn die einzelnen nationalen Bischofskonferenzen europäische Dimensionen in ihre Überlegungen und Maßnahmen mit einbeziehen. Aber das reicht nicht aus. Sie müssen eine gemeinsame Struktur schaffen, an den Brennpunkten des europäischen Geschehens präsent sein, ihre Vorstellungen verbindlich einbringen und die Kooperation mit den europäischen Gremien und Institutionen suchen. Es wäre ein Irrtum zu glauben, dies ließe sich allein von Rom aus steuern. Das, was hier gefordert wird, überschreitet bei weitem die Möglichkeiten eines päpstlichen Beauftragten. Hier ist die Gemeinschaft der Bischöfe selbst in ihrer Mitverantwortung für Europa angesprochen.“
- ¹¹⁾ Ansprache an die von der „Gesellschaft katholischer Publizisten Deutschlands“ veranstaltete französisch-deutsche Tagung in Freiburg i. Br. am 18. 6. 1976.
- ¹²⁾ Nach dem Weltkongreß für das Laienapostolat, der 1967 in Rom stattfand, wurde ein „Europäisches Laienforum“ gegründet, das „nationalen Laienvertretern als Plattform für einen Gedankenaustausch dienen“ will. Als „Europäisches Forum nationaler Laienräte“ tagte es vom 25. bis zum 29. Juli 1976 in Louvain-la-Neuve (Belgien) in Anwesenheit des Apostolischen Nuntius in Belgien, der den Heiligen Stuhl auch bei der Europäischen Kommission vertritt, des Erzbischofs Iginio Cardinale. Er befaßte sich in diesen Arbeitsgruppen mit dem Thema „Verantwortlichkeit der Christen für Europa“ (KNA, Aktueller Dienst Ausland vom 31. 7. 1976). – Weit über die lockere und offenbar nur gelegentliche Aktivität dieses „Laienforums“ hinaus geht die Forderung, die Dr. Hanna-Renate Laurien, Kultusminister von Rheinland-Pfalz, am 7. 1. 1977 auf einer Tagung der Direktoren katholischer Schulen („Kongreß der Europäischen Komitees für das katholische Unterrichtswesen“) in Straßburg erhob. Dr. Laurien schlug die Errichtung einer Art Zentralkomitee europäischer Katholiken vor. Der Beitrag der Christen für Europa sei nicht die Rückgewinnung eines christlichen Abendlandes, sondern der bedingungslose Einsatz für ein freiheitliches und liberales Europa, in dem unverkürzt Christsein gelebt werden könne. „Christentum soll in diesem Europa nicht nur Platz haben dürfen wegen seiner karitativen Dienste, sondern Christentum muß als unteilbare Botchaft von der Erlösungsbedürftigkeit und Erlösungsfähigkeit des Menschen Platz haben“ (KNA, Aktueller Dienst Inland, 8. 1. 1977).
- ¹³⁾ „Bericht zur Lage“, wie in Anm. 8).
- ¹⁴⁾ Zitiert nach Arthur-F. Utz und Fulko Groner „Soziale Summe Pius' XII.“, Freiburg im Uechtland 1954–63, Nr. 673–674.

Zur Person des Verfassers

Dr. phil., Dr. med. Otto B. Roegele, o. Professor der Zeitungswissenschaft an der Universität München; Herausgeber der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“.

Bisher sind erschienen:

- Nr. 1 Anton Rauscher, Soll die Kirche aus dem öffentlichen Leben verbannt werden?
- Nr. 2 Josef Oelinger, Plädoyer für eine freiheitliche Öffentlichkeit – Zur Aufgabe freier gesellschaftlicher Kräfte in der Demokratie
- Nr. 3 Emil Küng, Inflation ist soziales Unrecht
- Nr. 4 Bernhard Vogel, Bildungsmonopol des Staates?
- Nr. 5 Felix Raabe, 14 Thesen gegen die Kirche – Eine Auseinandersetzung mit Forderungen der FDP zur Trennung von Kirche und Staat
- Nr. 6 B. Guggenberger, Utopische Freiheit – Rätedemokratie und imperatives Mandat
- Nr. 7 Wilhelm Weber, Christlicher Sozialismus?
- Nr. 8 Karl Forster, Bevorzugt die Kirche eine politische Partei?
- Nr. 9 Albrecht Langner, Demokratie fordert eine freiheitliche Wirtschaft
- Nr. 10 Karl Forster, Kirche und Politik – Zur Frage der Äquidistanz zwischen Kirche und Parteien
- Nr. 11 Heinrich Geißler, Mitbestimmung am Scheideweg – Kritische Überlegungen zum Gesetzentwurf der Bundesregierung
- Nr. 12 Robert Spaemann, Kein Recht auf Leben? – Argumente zur Grundsatzdiskussion um die Reform des § 218
- Nr. 13 Heiner Marré, Kirchensteuer – warum und wofür?
- Nr. 14 Cl. u. R. Willeke, Familien in der Krise – Ihre Abwertung im Politischen Unterricht
- Nr. 15 Hermann Boventer, Medienpolitik – nicht mehr, sondern weniger Pressefreiheit
- Nr. 16 H.-R. Laurien, Pädagogik – Instrument der Systemüberwindung?
- Nr. 17 Felix Raabe, Vorwärts ins 19. Jahrhundert – Die FDP und ihre Kirchenthesen
- Nr. 18 Wilhelm Weber, Klerikalismus von links?
- Nr. 19 Hans Maier, Bildung und Beruf – ein Gegensatz?
- Nr. 20 V. M. Lissek, Gegen die Ehe – Der Entwurf des Ersten Eherechtsreformgesetzes und seine Auswirkungen
- Nr. 21 Edgar Nawroth, Kommunalisierung des Bodens?
- Nr. 22 Johannes Messner, Marxismus, Neomarxismus und der Christ
- Nr. 23 B. Guggenberger, Der Glaube an Strukturen als Gefährdung der Freiheit
- Nr. 24 Manfred Spieker, Gibt es einen humanen Marxismus?
- Nr. 25 Günter Baadte, Theologie der Befreiung – Ansätze, Ziele und Kritik
- Nr. 26 Cl. u. R. Willeke, Versagen unsere Familien? – Zum Zweiten Familienbericht der Bundesregierung

- Nr. 27 Hermann Boventer, Freiheit, nicht Emanzipation ist der Grundwert
- Nr. 28 Josef Oelinger, Freiheit im Zwielficht – Zum „Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen 1975–1985“ der SPD
- Nr. 29 Anton Rauscher, Der Sozialstaat in der Krise?
- Nr. 30 Georg Leber, Verantwortung für die Sicherheit – Neun Thesen zur Sicherheitspolitik in einer veränderten Welt
- Nr. 31 H. B. Streithofen, Ist in der Politik alles machbar?
- Nr. 32 Johannes Messner, Klassenkampf oder Sozialpartnerschaft?
- Nr. 33 Peter Ehlen, Christentum – Weltanschauung, Ideologie oder was sonst?
- Nr. 34 Bernhard Külz, Investitionslenkung
- Nr. 35 Ulrich Wagner, Dritter Weg? Das jugoslawische Modell und die Wirklichkeit
- Nr. 36 Heiner Koch, Freiheit, menschlicher Lebenssinn und Glück
- Nr. 37 Felix Raabe, Der Streit um die Grundwerte. Fragen, Argumente, Konsequenzen
- Nr. 38 Franz Spiegelhalter, Krankenhaus zwischen Selbstverwaltung und staatlichem Dirigismus
- Nr. 39 Hermann Boventer, Rundfunkfreiheit – Legitimationskrise des öffentlichen Systems
- Nr. 40 H. Günther und Cl. Willeke, Gesamtschule als Ideologie
- Nr. 41 Lothar Roos, Kirche – Politik – soziale Frage. Das verpflichtende Erbe Bischof Kettelers
- Nr. 42 Otto B. Roegele, Kirche und Europa. Die deutschen Katholiken und die europäische Einigungspolitik